

Breite Front gegen CDU

Details angemahnt

Bruchköbel (pm/upn). Mit einem gemeinsamen Antrag zur nächsten Stadtverordnetenversammlung wollen die vier Oppositionsfraktionen die aktuellen Planungen für eine so genannten „Neue Mitte“ in Bruchköbel aussetzen und einen Neustart für die Innenstadtentwicklung erreichen. SPD, BBB, FDP und UFB sehen nach der öffentlichen Vorstellung keine Mehrheit in der Bevölkerung für das bisher geplante Konzept von Schwarz-Grün. „Damit werden wir in unseren Ansichten und Bedenken bestätigt, die wir von Anfang an gegen dieses Projekt ins Feld geführt haben“, sagen die vier Fraktionsvorsitzenden Christine Empter, Alexander Rabold, Jürgen Schäfer und Winfried Weiß in einer Pressemitteilung.

Nicht nur für die Opposition sei bis heute unklar geblieben, was die Stadt und ihre Bürger sowie die Stadtverwaltung eigentlich benötigten, was dies kosten werde und nicht zuletzt wie dies bezahlt werden solle. „Diese Verfahrensweise ist weder rechtmäßig noch verantwortlich, sie muss gestoppt werden, damit nicht weiter Steuergelder für dieses Sackgassenprojekt verschwendet werden“, so die Antragsteller unisono. Diese beantragen neben der Aufhebung des Beschlusses für einen Investorenauswahlwettbewerb, die dafür eingestellten Gelder in Höhe von 225 000 Euro stattdessen zunächst für die Erstellung eines Innenstadtkonzeptes sowie Verkehrskonzeptes zu verwenden. Desweiteren soll der Magistrat zunächst die konkreten Betriebs- und Unterhaltungskosten für die städtischen Liegenschaften, wie beispielsweise das Rathaus als Grundlage für eine seriöse Planung offenlegen.

„Wir wollen erst wissen, wohin unsere Stadtentwicklung gehen sollen, bevor wir anfangen, zentrale Grundstücke in der Innenstadt an einen Investor zu verkaufen“, betont Christine Empter von der SPD-Fraktion. Ganz wichtig sei dabei den Oppositionsfraktionen eine breite Bürgerbeteiligung von Beginn an, denn nur so könne eine hohe Akzeptanz für spätere Entscheidungen erreicht werden.

Die Opposition hebt hervor, dass ihr an einer zukunftsfähigen Innenstadtentwicklung gelegen sei, dazu aber auch links und rechts neben dem Rathaus entlang der Hauptstraße geschaut werden müsse. „Schnellschüsse nützen uns nichts, wenn die Politik Gefahr läuft, durch ein zu erwartendes Bürgerbegehren wieder in die Schranken gewiesen zu werden“, so die Oppositionsparteien. Um die Sache rund zu machen, beantragen SPD, BBB, FDP und UFB außerdem ein Konzept zur Sicherstellung der Nahversorgung auf den Ortsteilen sowie die Überprüfung und Weiterentwicklung des städtischen Leitbildes 2025. Denn in den Augen der Oppositionsparteien ist es wichtig, dem prognostizierten demographischen Wandel in Bruchköbel mit vielfältigen Maßnahmen entgegenzuwirken, statt ihn zu beklagen und mit punktuellen Aktionismus bekämpfen zu wollen.